

ration in den Ämtern gerade das klammheimlich übel genommen wurde?

Weil kein Projekt daraus wurde, konnten die Kritiker aber leicht über »1968« herfallen, als wäre es irrelevant gewesen, und wenn es irrelevant war, nun, dann waren es die sieben rot-grünen Jahre mit Schröder und Fischer auch, nicht wahr? Zu den bedauerlichen Schwächen der rot-grünen Koalition zählte es, wie mir scheint, dass sie sich nicht couragiert genug gegen diese schillernden Vorbehalte und Resentiments aus allen Himmelsrichtungen verteidigte. So diskursiv wie behauptet war die »diskursive Generation« wahrlich nicht. Erst Gerhard Schröder und Joschka

Fischer selbst haben in ihren Büchern über diese Jahre einiges geradezurück versucht.

Rache an Rot-Grün? Ja, aber ehrlich gesagt, egal ist das auch. Denn bloß keine Missverständnisse: Zu Larmoyanz gibt die Kritik keinen Grund, die Meinungsführerschaft gewinnt nicht zurück, wer sich sein Mütchen an Rot-Grün oder »den 68ern« kühlt, den Zeitgeist prägen nicht Fest, Aly oder Enzensberger, allerdings auch nicht die Große Koalition. Besser als ihr Ruf waren die sieben rot-grünen Jahre allemal, und hinter die kulturelle Versöhnung der Republik mit sich selbst führt so leicht auch nichts mehr zurück.

Gesine Schwan

Die richtigen Fragen, aber keine verwendbaren Antworten

So richtig manche Kritik der 68er war, so falsch war ihre Abkehr vom Reformismus und politischen Liberalismus.

»Was ist eigentlich Ihr Erkenntnisinteresse?« – fast gebetsmühlenartig stellten rebellierende 68er diese Frage an ihre Professoren, und sie gingen damit vielen – auch mir zuweilen – auf die Nerven. Weil sich die Frage so ermüdend wiederholte und nicht gerade nachdenklich vorgebracht wurde. Heute wünschte ich mir, sie würde wieder häufiger gestellt. Ebenso wie die nach dem Zusammenhang von Wissenschaft und Wirtschaftsinteressen, damals lautete die Formel »Verwertungsinteresse des Kapitals«. Das klang sehr anonym, assoziierte Verschwörung und widersprach dem Augenschein einer noch weitgehend staatlich finanzierten Hochschule. Heute wäre auch diese Frage durchaus aktuell, aber sie wird selten gestellt.

Sie ist aktuell, weil der neue Schub ökonomischer Globalisierung die (überwiegend nationalstaatliche) Politik, die



Gesine Schwan

(*1943) ist Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder und seit 2004 Koordinatorin der Bundesregierung für die deutsch-polnische Zusammenarbeit. Ihre jüngste Veröffentlichung: *Allein ist nicht genug. Für eine neue Kultur der Gemeinsamkeit* erschien 2007 im Herder-Verlag president@euv-frankfurt-o.de.

»das Kapital« politisch im Zaum hielt und sozialstaatlich regulierte, weitgehend entmachtet hat. Richard Löwenthal (alias Paul Sering) hatte diese (sozial)demokratische Zähmung des Kapitalismus in seinem damals oft zitierten Buch *Jenseits des Kapitalismus* kurz nach dem Zweiten Weltkrieg öffentlich propagiert. Die kritisch-freundschaftliche Beziehung zwischen ihm und Rudi Dutschke rührte daher, dass der studentische Revolutionär dem »leider abgefallenen« Reformisten Löwenthal immer-

hin eine ursprüngliche kapitalismuskritische Klarsicht attestierte, während Löwenthal in Dutschkes revolutionärem Impetus, den er kritisch auseinandernahm, seine jugendlichen Träume wiedererkannte.

Löwenthal setzte auf den demokratischen Staat, hatte im britischen Exil seinen Marxismus zugunsten des politischen Liberalismus aufgegeben, Dutschke setzte die deutsche (auch Marx'sche) Tradition des Anti-Liberalismus fort. Er glaubte – wie viele 68er – nicht an die Möglichkeit, dass sich demokratische Politik gegen die kapitalistische Logik durchsetzen könnte. Und er fürchtete, dass die Notstandsgesetze, deren anstehende Verabschiedung im Bundestag 1968 das Ausgangsfanale der 68er-Bewegung wurde, den latenten deutschen Faschismus wiederbeleben würden.

Einher ging mit dieser Ablehnung von politischem Liberalismus und Reformismus ein zunehmend rabiater Umgang mit den politischen Gegnern, ein autoritärer Habitus, den viele 68er von ihren Vätern, gegen die sie mit linken Parolen rebellierten, gleichwohl und vermutlich unbewusst übernahmen.

Die in der Tradition des politischen Liberalismus historisch entwickelte Toleranz war demgegenüber theoretisch als »repressive Toleranz« diskreditiert (nach Herbert Marcuse diente sie nur den Mächtigen) und praktisch weder in den Familien noch im öffentlichen politischen Leben überzeugend erfahren worden. Wo sich so Gegnerschaft gegen den Kapitalismus, Rebellion gegen – häufig durch den Nationalsozialismus diskreditierte – (väterliche) Autoritäten und die Tradition des deutschen antiliberalen Autoritarismus miteinander verbanden, wurde der Anti-Autoritarismus der 68er im täglichen Umgang immer ungenießbarer. Wer sich dagegen wandte und die marxistische Gesellschaftsanalyse nicht teilte, vor allem die politischen Konsequenzen ablehnte, wer auf Reform und wirtschaftliche Mitbestimmung zur menschlichen Gestaltung des

Kapitalismus setzte, wer den demokratischen Staat stärken wollte, galt als »rechts« und »bürgerlich« im Sinne des *bourgeois*, nicht des *citoyen* (der danach sowieso im Kapitalismus keine Chance hatte).

Ohne Rechtsstaat und Toleranz weder Freiheit noch Gerechtigkeit

Das ist nun 40 Jahre her. Manche ereifern sich heute gegen die 68er, weil sie angeblich die Werte unseres Zusammenlebens zerstört hätten. Ein Blick in die Geschichtsbücher über die junge Bundesrepublik und vor allem auf die geradezu erdrückenden Befunde über das moralische und politische Versagen der meisten deutschen Eliten im Dritten Reich und ihr Fortwirken nach 1945 (»unter den Talaren der Muff von 1.000 Jahren«), müsste genügen, um den Unsinn von derlei Einschätzungen zu erkennen.

Freilich liegt er ganz auf der Linie einer Erfahrung, die ich nach 1989 mit erheblicher Enttäuschung gemacht habe: Viele auch derjenigen, mit denen ich 1968 die Demokratie gegen den Kommunismus verteidigen wollte, hatten nach 1989 eher die Marktwirtschaft im Sinn, von Demokratie – z.B. in dieser Marktwirtschaft – war kaum noch die Rede. Im Gegenteil: Sie störte eher. Ging es auch da mehr um Wohlstand als um Freiheit? Oder nur noch um die Freiheit, reich zu werden, auch auf Kosten derer, die auf der Strecke bleiben? So kam es, dass, wer vor 1968 für die Mitbestimmung plädierte, als rechter Reformist galt und wer das heute tut, als linker Träumer gilt angesichts der Globalisierung.

Das macht aber nichts. Wer sich für die Demokratie als bisher beste Form, in Würde zu leben, engagiert, muss damit rechnen, gegen den Strom schwimmen zu müssen. Und die Kritik der 68er bekommt, wie gesagt, eine neue Aktualität. Denn angesichts der ökonomischen Globalisierung schafft es der demokratische (Natio-

nal)Staat nicht mehr, einen Rahmen zu setzen, der diese zugunsten von Gemeinwohlinteressen regelt. Die 68er hatten auch damals schon oft argumentiert, ihnen gehe es nicht um die deutschen Verhältnisse, sondern um die weltweiten. Und damit waren viele von ihnen durchaus scharfsichtig. Freilich sind ihre damaligen Antworten – die in einer Spanne zwischen autoritärem Kommunismus und Anarchismus lagen, die oft die Abkoppelung der Dritten Welt von der Weltwirtschaft oder gleich die Weltrevolution predigten – damals wie heute unrealistisch und unannehmbar. Denn ohne den geschmähten politischen Liberalismus, ohne Rechtsstaat

und Toleranz, kommen wir nicht zu Freiheit und Gerechtigkeit.

Die 68er haben richtige Fragen gestellt, sie haben mit ihrem zuweilen nervtötenden und aggressiven Anti-Autoritarismus doch entscheidend zum Abbau undemokratischer Traditionen beigetragen, auch zu mehr Toleranz, aber sie haben keine verwendbaren Antworten gefunden. Wir müssen sie unter neuen Bedingungen gemeinsam finden, indem wir – gut reformistisch – Akteure, Verfahren und Institutionen einer *good global governance* entwickeln, die die unverzichtbare Raubtierdynamik des Kapitalismus zugunsten der menschlichen Würde bändigt. Da bleibt viel zu tun.

Thomas Meyer

Erinnerungspolitik als Geiselnahme

Achtundsechzig, Großleinwand konträrer Projektionen

Die gegenwärtig dominanten Deutungen von 1968 sind medial gut zu vermarkten, bieten aber weniger eine nüchterne Betrachtung des kulturellen Wandels, als einseitige Verzerrungen. Weder haben die 68er einen Werteverfall zu verantworten noch wurden sie allesamt Sympathisanten des RAF-Terrors. Vor allem haben die 68er zur Demokratisierung Deutschlands beigetragen.

Die Instrumentalisierung der 68er sprengt die Grenzen gewöhnlicher Erinnerungspolitik. Das turbulente Jahr der Studentenrevolte ist zur Breitwandfläche für alle Arten politisch und medial ausbeutbarer Projektionen geworden. Was dominiert, sind trübe Mischungen aus beidem. Was nervt mehr, die befremdende Besessenheit gerade der marginalsten Extremisten jener Zeit, sich nun als die eigentliche Verkörperung der ganzen Revolte der öffentlichen Aufmerksamkeit aufzudrängen oder die Kündler der »neuen Bürgerlichkeit« mit ihrer geklitterten Erinnerung, 68 sei eine schöne heile Welt der Bürgerwerte mutwillig in Trümmer gelegt worden?

Dabei hat die politische Kulturfor-



Thomas Meyer

(*1943) ist Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*.

thomas.meyer@fes.de

schung eindrucksvoll dargelegt, dass die Kultur der Deutschen trotz guter demokratischer Institutionen bis in die 60er Jahre hinein noch durch und durch von jenen autoritären und obrigkeitstaatlich politikabstinenten Mustern geprägt war, die aus guten Gründen zu den Faktoren zählen, die die Republik von Weimar zu Fall brachten.